

# Wallraff und der „Mord auf Raten“

SPIEGEL-Report über Fremdarbeiter in westdeutschen Atomkraftwerken

In den strahlungsbelasteten Gefahrenzonen von Atomkraftwerken werden Fremdarbeiter beschäftigt, um das Gesundheitsrisiko für die deutschen Stammebelegschaften zu verringern. Enthüllungsautor Günter Wallraff behauptet in seinem jüngsten Buch, die zum Teil kaum

ausgebildeten und schlecht ausgerüsteten Arbeiter würden systematisch „verheizt“ – nach Ansicht von Atom-Managern ein „Horrorbild“. Doch auch seriöse Experten bemängeln „erhebliche Schwachstellen“ bei den Arbeitsschutzvorkehrungen in Nuklearbetrieben.

Die Firma Manpower handelt mit einer Ware besonderer Art – sie verleiht Arbeitskraft en gros: Telephonistinnen und Betriebswirte, Elektroschweißer und Vorstandsekretärinnen. „Meine Leute“, sagt Wolfgang Stüber, Chef der Frankfurter Manpower-Filiale, „sind mein Kapital.“

Das Geschäft floriert. Probleme gibt es für Stüber allenfalls in einem „höchst sensiblen Bereich“, in dem „besonderes Engagement“ und „äußerste Sorgfalt“ erforderlich seien. Dort setzt er ausschließlich „absolut zuverlässiges Personal“ ein, das „mündlich, schriftlich und per Video“ auf seine Aufgaben vorbereitet werde.

Die Arbeit, sagt Stüber, sei „recht leicht“, die Bezahlung „ganz prima“. Dennoch hätten manche Arbeiter bereits nach zwei, drei Tagen „die Nase voll“. Sie flüchten regelrecht vom Arbeitsplatz – aus Angst.

Diese Manpower-Kräfte werden an keine gewöhnliche Firma verliehen. Einsatzort ist die Hanauer Nuklearfabrik Alkem, in der Brennelemente für die meisten westdeutschen Atommeiler fabriziert werden.

In dem Atombetrieb, an dessen Ausbau die rot-grüne Zusammenarbeit in Hessen noch vor Jahresfrist mit gescheitert war, hantieren die Aushilfskräfte mit gefährlichem Material. Sie wiegen Plutonium, kehren strahlenden Staub zusammen oder packen radioaktive Substanzen für Brennelemente ab.

Der Hanauer Leiharbeiter-Einsatz ist kein Sonderfall. Weit mehr als 10 000 Arbeitskräfte verdingen sich jährlich, zusätzlich zum Stammpersonal, für Wochen oder Monate in den knapp 20 westdeutschen Kernkraftwerken und Nuklearfabriken – als Arbeiter, die von Firmen wie Manpower einzeln vermietet werden, oder als festangestellte Mitarbeiter von Betrieben, die regelmäßig mit Aufgaben im Nuklearbereich betraut werden. Branchenjargon: Fremdarbeiter.

Mehrere hundert Unternehmen haben sich in der Bundesrepublik auf heikle Arbeiten in Atommeilern eingelassen. Allein im Raum Frankfurt besitzen derzeit rund 130 Firmen die vom Atomgesetz geforderte Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamts, Personal in Kernkraftbetrieben zu beschäftigen.

Heinz Kupfer, Chef einer süddeutschen Nuklear-Entsorgungsfirma, läßt seine 120 Mitarbeiter „von Kraftwerk zu



Enthüllungsautor Wallraff als Türke Ali\*: „Angst vorm Dahinsiechen“

Kraftwerk wandern“, um radioaktive Rückstände abzuräumen. Kupfer: „Wir sind Spezialisten für alles, was Sie wollen.“

Für einen Bruttostundenlohn von rund zehn Mark läßt die Hanauer Reinigungsfirma Böhm Hilfskräfte, zumeist türkischer Nationalität, als Putzfrauen und Saubermänner für strahlenden Glanz in den Atomfabriken Nukem und Alkem sorgen.

Per Zeitungsanzeige suchte die Bremer Firma Jaffke vor geraumer Zeit Arbeitskräfte für „Hilfsdienste“ in den Kernkraftwerken Esenshamm und Stade. Geboten wurden „hoher Verdienst“, „Überstundenzuschläge“ und „Unterbringung in Arbeitsstellennähe“.

\* Vor dem Kernkraftwerk Würgassen.

Der Fremdpersonal-Einsatz ist kein bundesdeutsches Phänomen. Überall, wo in der westlichen Welt Atommeiler laufen, greift die Industrie mit Vorliebe auf Aushilfstrupps zurück. „Gutes Geld für leichte Jobs“ versprechen Arbeitsvermittler in Japan, die selbst in den Slums der Großstädte Hilfwillige für die Kernindustrie rekrutieren; weit über 100 000 Tagelöhner haben sich dazu bereitgefunden.

In den USA fungieren neben diesen Billig-Arbeitskräften rund tausend hochdotierte Spezialisten, sogenannte Nuklear-Springer, als eine Art Feuerwehr für die Kernkraftindustrie. Sie werden für Tätigkeiten geholt, die das Stammpersonal ablehnt.

Zupacken müssen die Atomarbeiter vornehmlich dort, wo sie radioaktiver Strahlung ausgesetzt sind: etwa am Re-

aktoren oder am Rohrleitungssystem – Gefahrenzonen, die in der offiziellen Sprachregelung behutsam als „Kontrollbereich“ umschrieben werden und die niemand gern betritt.

Denn das Risikopotential dort ist beträchtlich. Eine Untersuchung des US-Energieministeriums, für die der Gesundheitszustand von 146 000 Atomarbeitern über Jahrzehnte regelmäßig überprüft worden war, belegt Erschreckendes: Kernkraftler sterben „deutlich häufiger“ als die übrige Bevölkerung an Leukämie, Lungen- und Gehirnkrebs, Magen- und Darmkrebs, Prostatakrebs sowie der Hodgkinschen Krankheit.

Überdies können schon bei kleinsten Strahlendosen genetische Schäden auftreten. Es gebe keine „unschädliche Dosisgrenze, unterhalb derer kein Effekt zu erwarten ist“, faßt die Bremer Professorin Inge Schmitz-Feuerhake, Expertin für medizinische Physik, den derzeitigen Wissensstand zusammen.

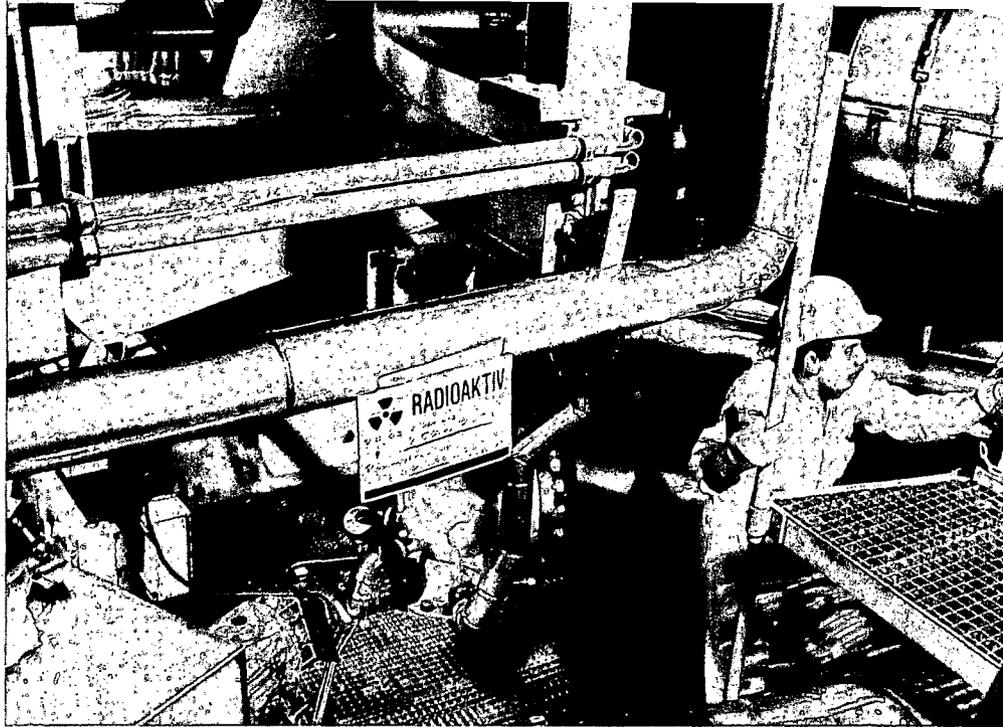
Während die Nuklearwirtschaft die Sicherheitsvorkehrungen in westdeutschen Atombetrieben als lückenlos darstellt, haben fachkundige Kritiker wie Botho Riegert vom DGB-Bundesvorstand „erhebliche Schwachstellen“ bei der Beschäftigung externer Kräfte in Atommeilern ausgemacht. Einen Schritt weiter geht, in seinem jüngsten Bestseller „Ganz unten“, der Kölner Enthüllungsauteur Günter Wallraff: Er behauptet nicht nur, daß die Leih- und Fremdarbeiter in Nuklearbetrieben „ihr Leben aufs Spiel“ setzen, sondern auch, daß sie von der Industrie gezielt als Strahlenfutter verbraucht werden.

Doch während die jüngsten Enthüllungen etwa über den illegalen Einsatz ausländischer Arbeiter in Duisburger Thyssen-Werken Furore machten und die Polizei einen von Wallraff belasteten Leiharbeiter-Vermittler sogleich verhaftete, fanden die – schwerer wiegenden – Vorwürfe gegen die Kernkraftwirtschaft in der Öffentlichkeit kaum Resonanz.

Das lag nicht zuletzt daran, daß Wallraff, verkleidet als Türke „Ali“, selber bei Thyssen gearbeitet und diverse Gesetzesverstöße, teils mit Tonband und Kamera, minutiös dokumentiert hatte, die Fremdarbeiter-Einsätze in Kernkraftwerken hingegen nur vom Hörensagen kannte.

Zwar inszenierte der Agent provocateur Wallraff Verhandlungen zwischen einem echten Leiharbeiter-Vermittler und einem falschen – von einem Schauspieler dargestellten – Kernkraftmanager über einen Einsatz im Gefahrenbereich einer Atomanlage (SPIEGEL 43/1985). Doch die von Wallraff dokumentierten einschlägigen Dialoge enthüllen nur die Skrupellosigkeit des Arbeitsvermittlers, nicht aber die Praxis der Atomindustrie.

So bleiben die – mittlerweile in über einer Million Exemplaren gedruckten – Wallraff-Vorwürfe gegen die Nuklearwirtschaft ohne hieb- und stichfesten



Gefahrenzone Reaktorkern\*: „Sicher wie im Büro“?



Warnung vor Kraftwerksarbeit\*: „Leben auf dem Spiel“?

Beleg: Bei gefährlichen Arbeiten würden, so Wallraff, zumeist Türken „in die Strahlen geschickt“ und, wie es im Kernkraft-Jargon heiße, systematisch „verheizt“. Denn die Industrie kalkuliere „von vornherein einen bestimmten Prozentsatz Toter“ fest ein: Die Anklage gipfelt in der Wallraff-Frage, ob in den Kraftwerken ein „Mord auf Raten“ geschehe – „heimlich, ohne Zeugen, ohne Beweise, massenhaft“.

Anders als es sonst Wallraff-Übung ist, mochte der Autor die monströsen Anschuldigungen nicht vor Ort recherchieren. Zwar hatte sich Wallraff zunächst beim Kernkraftwerk Würgassen beworben, einem der ältesten Nuklearbetriebe der Bundesrepublik, der zu-

gleich auch als einer der anfälligsten gilt. Doch dann bekam der Schriftsteller „Angst vor einem viel zu langsamen, von Strahlenkrebs zerfressenen Dahinsiechen“.

Wallraff beruft sich deshalb lediglich auf Aussagen türkischer und deutscher Arbeiter. Die hätten ihm, schreibt der Bestseller-Autor, von vertuschten Unfällen, vom Einsatz ausländischer Arbeiter ohne Aufenthaltsgenehmigung, von unverantwortlich hoher Strahlenbelastung und laxen Sicherheitsvorkehrungen berichtet.

Die Preußenelektra, Betreiberin des Kraftwerks Würgassen, weist die Wallraff-Vorwürfe zurück. Zwar werde Fremdpersonal für „praktisch alle anfallenden Aufgaben“ eingesetzt, auch bei „Arbeiten im Kontrollbereich“. Die Strahlenbelastung für Eigen- und Fremdpersonal sei jedoch „praktisch gleich“,

\* Oben: Während des Brennelementewechsels im Kernkraftwerk Ohu; unten: Plakat einer Bremer Bürgerinitiative.

und „Unfälle mit Strahlenschäden“ habe es nie gegeben. Die Wallraff-Schilderung, so ein Preußenelektra-Sprecher, sei „ein Horrortext, das jeglicher Grundlage entbehrt“.

Jeglicher Grundlage nun wohl doch nicht. Vieles spricht zum Beispiel dafür, daß das Berufsrisiko in der Kernkraftbranche größer ist, als es die Atomlobby offiziell darstellt.

Geringfügige, aber andauernde radioaktive Bestrahlung, haben US-Wissenschaftler herausgefunden, ist wesentlich schädlicher als jahrelang angenommen. „Jede Strahlendosis, egal wie klein“, resümiert Strahlenforscherin Schmitz-Feuerhake, könne „strahlenbedingten Krebs“ verursachen; die Folgen würden oft „erst nach zwanzig, dreißig Jahren“ spürbar.

Vor einer „Verharmlosung der genetischen Strahlenfolgen“ warnen Wissenschaftler wie der Konstanzer Physiker und Biologe Professor Gerold Adam. Die durch Strahlen bedingten Erbschäden seien zwar „bislang nicht ausreichend erforscht“, um die Gefahr exakt einschätzen zu können. Dennoch ist Adam sicher: „Das Risiko, daß Kinder von Atomarbeitern an Mißbildungen oder Erbkrankheiten leiden werden, ist für diese erheblich größer als für andere Kinder.“

Unter den Fremdkräften ist ohne Zweifel die Gruppe der Gelegenheitsarbeiter gefährdet, insbesondere Ausländer, die nicht richtig Deutsch verstehen. Viele sind froh, überhaupt ein paar Mark verdienen zu können, und wissen gar nicht so recht, was sie eigentlich tun.

Von „leichter Arbeit“ im Hanauer Nuklearbetrieb Alkem berichtete etwa ein junger Türke dem SPIEGEL, der wie andere Zeugen aus Angst, nicht weiterbeschäftigt zu werden, seinen Na-

men nicht genannt wissen möchte. Für zehn Mark die Stunde schrubbt er im Auftrag der Reinigungsfirma Böhm im Alkem-Strahlenbereich Fußböden und Wände. Trotz der „vielen Alarme“ sei der Job „bestimmt nicht gefährlich“, glaubt der junge Mann; das jedenfalls sei ihm immer wieder versichert worden.

Die Unwissenheit etlicher Fremdarbeiter um die Gefahren ihres Arbeitsplatzes hat den DGB zu der Forderung veranlaßt, die „Information des Fremdpersonals über Gefahren und Arbeitsschutzkonsequenzen“ müsse „intensiviert und verstärkt kontrolliert“ werden.

Wer „unvertretbare Eigengefährdungen“ vermeiden wolle, braucht, so die Abteilung Strukturpolitik des DGB-Bundesvorstandes, „unbedingt ein Mindestmaß an System- und Ortskenntnis, einen befriedigenden Informationsstand bezüglich Strahlenschutz und Unfallverhütung, Vertrautheit und Sorgfalt im Umgang mit Kontroll- und Warneinrichtungen“ sowie die Fähigkeit, „im Ernstfall unter erschwerten Bedingungen, zum Beispiel Rauch- oder Dampfentwicklung, Rettungsgeräte zu bedienen und auf schnellstem Wege Flucht- und Rettungswege zu finden“.

Noch ist das alles nach Ansicht des DGB nicht gewährleistet: Die Gewerkschafter haben „erhebliche Zweifel hinsichtlich des notwendigen Informations- und Bewußtseinsstandes der eingesetzten Arbeitnehmer“.



**Strahlen-Kontrollschleusen\***  
„Häufiges Heulen und Blinken“

Doch die Ahnungslosigkeit vieler Hilfskräfte kommt manchem Firmenchef offenbar gerade recht. Ein baden-württembergischer Reinigungsunternehmer etwa suchte sich seine Putzer gezielt in städtischen Obdachlosenunterkünften – bislang die makaberste Variante der Personalrekrutierung für Kernkraftwerke.

Statt, wie versprochen, zum Schneeschippen in den Bayerischen Wald wurden Penner, Landstreicher und Alkoholiker zum Schrubben in Kernkraftwerke geschickt. In den Atomanlagen mußten die Männer aus dem Asyl Fußböden und Bleibausteine von radioaktiven Rückständen säubern.

Auch Hilfskräfte anderer Herkunft sind mit den komplizierten Vorschriften in Kernkraftwerken häufig überfordert. „Die Mehrzahl des eingesetzten Fremdpersonals“, heißt es in einem Prüfbericht des TÜV Rheinland, sei „im allgemeinen unerfahren gegenüber der Gefährdung“ in Kernkraftwerken.

„Mangelnde Anlagen- und Systemkenntnis“, so der TÜV, begünstige „unvorsichtiges Verhalten“. Viele Arbeitskräfte verspürten überdies „ein Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber einer weitgehend unbekanntem Gefahr“.

Die Arbeit in den Atomanlagen kann in der Tat Beklemmungen auslösen. Die Betonbauten sind meist fensterlos, schalldicht und videoüberwacht. Vollautomatische Sicherheitsschleusen öffnen und schließen sich wie von Geisterhand. „Wenn ich ein AKW betrete“, schildert ein Handwerker dem SPIEGEL, „wird mir immer unheimlich“, vor allem, weil häufig Alarmanlagen heulen und blinken: „Dann rennen wir alle los.“



**Personenkontrolle mit Code-Karte\***: „Gefühl der Hilflosigkeit“

\* Oben: Im Kernkraftwerk Krümmel; unten: im Kontrollbereich des Kernkraftwerks Würgassen.

Andere Hilfskräfte sind eher sorglos. Wenn „ab und zu mal ein Behälter platzt“ und „da was rausläuft“, glaubt die Vorarbeiterin einer Putzfirma, dann hänge „das Zeug ja an den Schuhen, nicht am Menschen“. Und wenn einer doch mal zuviel Strahlung abbekomme, werde „das Zeug einfach abgeduscht“.

Die gute Frau vertraut den Beteuerungen der Kernkraftmanager, die unermüdlich behaupten, die Arbeitsplätze in Atomkraftwerken seien „sicher wie im Büro“; bei den „anerkannt strengen Strahlenschutzbestimmungen“ könne „nichts passieren“.

Die Anlagenbetreiber berufen sich auf die 1977 in Kraft getretene Bonner „Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen“. Danach müssen „beruflich strahlenexponierte Personen“

- ▷ vor Arbeitsantritt ärztlich untersucht werden,
- ▷ über die Strahlenrisiken belehrt werden,
- ▷ in Gefahrenzonen stets Schutzausrüstung tragen,
- ▷ ständig geeichte Meßgeräte mitführen, sogenannte Dosimeter, die eine etwaige Strahlenbelastung anzeigen,
- ▷ einen amtlichen Strahlenpaß besitzen, in den die Strahlenbelastung eingetragen werden soll.

Doch die Praxis sieht mitunter anders aus. Die medizinische Untersuchung sei häufig flüchtig, erzählten Atomarbeiter dem SPIEGEL, die Gefahrenbelehrung oberflächlich, die Schutzausrüstung bisweilen mangelhaft. Ein gelernter Autoschlosser, der unter anderem schon in Neckarwestheim, Würgassen und Ohu gearbeitet hat, berichtet:

Mal waren wir so voll Strahlenstaub, daß die vom Kraftwerk ihre Meßgeräte abgeschaltet oder höhergestellt haben müssen, damit wir überhaupt durch die Schleusen kamen. Da reichen Materialfehler bei der Schutzbekleidung. In der Gefahrenzone muß man Schutzanzüge drüberziehen. Die sind ziemlich reißfreudig und gehen ständig kaputt.

Ich habe selbst gesehen, wie Leute vom Strahlenschutz gebrauchte Einwegfilter von Atemmasken aus dem radioaktiven Mülleimer gefischt haben. Die wurden nur abgeputzt und wiederverwendet. Der Filter war dann so zu, daß man unter der Maske keine Luft mehr kriegte und sie abnehmen mußte.

Aufgrund eines Risses in einem Schutzhandschuh wurden im Oktober 1984 die rechte Hand und die rechte Körperseite des Nidderauer Schlossers Herbert Michel radioaktiv verseucht. Der Handwerker war von der Firma Manpower als nuklearer Schlackenschammas an den Hanauer Atombetrieb Alkem vermittelt worden.

Michel beteuert, bei Manpower zuvor „kein Wort“ darüber erfahren zu haben, daß er bei Alkem mit Plutonium hantieren sollte. Michel zum SPIEGEL: „Ich

dachte, ich würde als Schlosser eingesetzt.“

Firmenchef Stüber hält dagegen, Michel habe sogar unterschrieben, daß er über Strahlenschutz und -gefahren unterrichtet worden sei. Vom Umgang mit Plutonium, räumt Stüber allerdings ein, sei nicht direkt gesprochen worden.

Bei Untersuchungen, die Michel verlangt hatte, wurde Plutonium im Blut festgestellt und eine Chromosomenveränderung diagnostiziert. Dennoch sprach die hessische Landesregierung nicht von einem Unfall, sondern nur von einem „Kontaminationszwischenfall“, der „keinen Anlaß zu gesundheitlichen Bedenken“ gebe.

Heruntergespielt werden konnte der Vorfall, weil Michels Strahlendosis die in der Bonner Verordnung vorgeschriebenen Höchstwerte nicht überschritten hatte: Der Gesetzgeber hat festgelegt, daß



**Physikerin Inge Schmitz-Feuerhake**  
„Eindeutig zu hohe Grenzwerte“

Kernkraftwerkbedienstete maximal einer jährlichen „Ganzkörper“-Strahlendosis von fünf rem\* ausgesetzt werden dürfen – etwa fünfzigmal soviel, wie ein Normalbürger an natürlicher Strahlung empfängt.

Aus Sicht von Gesetzeskritikern wie der Wissenschaftlerin Schmitz-Feuerhake ist dieser Grenzwert „eindeutig zu hoch“ angesetzt. Denn bei Personen, die dauerhaft mit einer solchen Dosis belastet würden, liege das Risiko, an Leukämie, Krebs oder Knochentumoren zu erkranken, bei 20 Prozent.

Damit „möglichst wenige weitere Menschenopfer“ für die Kernenergie gebracht werden, sei, fordert die Strahlenexpertin, der Höchstwert auf ein Zehntel herabzusetzen, auf 0,5 rem.

\* rem: Abkürzung für „Roentgen equivalent man“, Maßeinheit für die relative biologische Wirksamkeit von Strahlung.

Die Kernkraftkonzerne schwören, diese Forderung der Professorin längst erfüllt zu haben. Sie berufen sich dabei auf statistische Durchschnittswerte. Die 21 409 strahlenexponierten Personen, die 1983 etwa in den zwölf Leichtwasser-Kernkraftwerken tätig waren, erhielten im Mittel 0,4 rem. „Die mittlere jähr-



**Strahlenforscher Adam**  
„Folgen nicht verharmlosen“

liche Strahlenexposition“, beschwichtigt beispielsweise der Biblis-Betreiber RWE, liege für die „im Kontrollbereich eingesetzten Arbeitnehmer“ bei 0,5 rem.

Die Rechnung, so beruhigend sie klingt, geht offenbar nicht immer so glatt auf. Bei der „Ermittlung der mittleren Dosisbelastung“, kritisierte bereits vor Jahren das von den Technischen Überwachungsvereinen eingerichtete Institut für Reaktorsicherheit (IRS) in einem internen Bericht, würden mitunter auch Mitarbeiter einbezogen, die gar keiner Strahlenbelastung ausgesetzt seien.

Derartige Zahlenwerte, rügt das IRS-Gutachten, vermittelten „einen unrichtigen Eindruck“ von der tatsächlichen Strahlenbelastung. Die Statistik verschleiert, daß allein 1983 mehr als 5000 Kernkraftwerker eine überdurchschnittlich hohe Strahlendosis abbekommen haben. Etliche wurden bis nahe an die umstrittene gesetzliche Höchstgrenze verstrahlt.

Überdies hegen Experten Zweifel, ob das derzeitige System der Strahlenschutzkontrolle – unter anderem vom Arbeitnehmer mitzuführende Meßgeräte plus Eintragungen im Strahlenpaß – ausreicht. Das Kontrollsystem, fürchtet der DGB, biete jedenfalls „für das Fremdpersonal“ und „in der jetzt praktizierten

Form keine absolute Garantie für hinreichenden Arbeitsschutz“.

Denn die derzeit amtlich vorgeschriebenen Dosimeter erfassen laut DGB die „Strahlungen in Teilbereichen nur unzureichend“. Während solche Meßdefizite für das Stammpersonal normalerweise bedeutungslos seien, weil dessen Strahlenbelastung weit unter den zulässigen Höchstwerten bleibe und Zusatzmessungen durchgeführt würden, sei es fraglich, „ob diese Sicherheitsmargen auch beim Fremdpersonal, insbesondere bei Arbeiten unter erhöhtem Zeitdruck, stets eingehalten werden“.

Keineswegs ungewöhnlich scheint es, daß Hilfskräfte die Dosimeter manipulieren, wenn sie befürchten, wegen zu hoher Strahlenbelastung den Job zu verlieren. Ein Augenzeugen zum SPIEGEL:

Wenn es für Arbeiten im besonders heißen Bereich Stundenzuschläge von 30 oder 40 Mark gibt, ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter, die nach zwei Stunden „abgefüllt“ waren, ihr Strahlenmeßgerät einfach auf den Boden haben fallen lassen. Dann konnte die tägliche Strahlendosis eben nicht mehr kontrolliert werden, und die gut bezahlte Schicht ging weiter.

Auch die Strahlenpässe für Fremdpersonal bieten nach Ansicht des DGB keinen hinreichenden Schutz. Weil die Pässe von den einschlägigen Spezialfirmen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden und den Kraftwerksbetreibern selbst ausgestellt werden, sei es „denkbar, daß in Einzelfällen die Eintragungen unvollständig sind“. Ein Kraftwerksarbeiter über Manipulationsmöglichkeiten:

In einigen Kernkraftwerken wird jedes Millirem sofort im Paß notiert. Aber mir



**Ex-Leiharbeiter Michel**  
„Von Plutonium kein Wort“

haben sie meine Strahlenwerte auch schon auf lose Blätter geschrieben, jedoch nicht im Paß vermerkt. Wenn ich die Blätter nicht einklebe, kann ich locker ein paar rem unterschlagen.

Überdies, so der DGB, könnten „unter Umständen für ein und denselben Arbeitnehmer mehrere Strahlenpässe ausgestellt werden“ – etwa wenn ein Arbeitsloser, der dringend einen Job sucht, „die Existenz eines früheren Strahlenpasses einfach verschweigt“.

Die Gewerkschafter fordern denn auch, daß Ausstellung und Kontrolle der Strahlenpässe zentral für das gesamte Bundesgebiet in behördlicher Verantwortung geregelt werden. Außerdem sei eine „systematische und umfassende Kontrolle des weiteren Lebensschicksals“ der Aushilfskräfte notwendig, um „spätere Krebsleiden oder Gesundheitsschäden“ erfassen zu können.

Obleich solche Vorkehrungen noch in weiter Ferne liegen, verschieben die Kernkraftwerke das Strahlenrisiko weiter auf das Fremdpersonal. Auf der Fachtagung „Arbeitswelt Kerntechnik“ des Deutschen Atomforums etwa bekannten Vertreter der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, daß bei „planbaren dosisintensiven Arbeiten“ eine gezielte „Verlagerung auf das Fremdpersonal“ stattfindet.

Umverteilt wird das Risiko vor allem bei der regelmäßigen Reaktor-Inspektion, wenn die Kraftwerke bis zu ein Vierteljahr stillgelegt werden. Dann wird der sonst hermetisch abgeriegelte Reaktor geöffnet, werden Brennelemente ausgetauscht und Rohrleitungen erneuert – riskante Malo-

che für Hunderte von betriebsfremden Schlossern und Schweißern, Malern und Maurern, Mechanikern und Gerüstbauern.

Während der 45 Tage zum Beispiel, in denen das Kernkraftwerk Stade überholt wurde, arbeiteten 1716 Arbeiter, vorwiegend von Fremdfirmen, gut 427 000 Stunden lang in den Gefahrenzonen. Im Kernkraftwerk Obrigheim, listet die Werksleitung auf, waren 1984 mehr als 600 Personen aus 92 Fremdfirmen und Institutionen „im Kontrollbereich im Einsatz“.

Auf diese Weise gelingt es den Kraftwerksbetreibern, die eigene Mannschaft zu schonen und zu verhindern, daß sich die festangestellten Mitarbeiter allzu schnell eine hohe Strahlenbelastung einfangen; anderenfalls könnte das Stammpersonal womöglich nicht das ganze Jahr über in den Risikobereichen eingesetzt werden.

Die Kraftwerksleitungen nehmen dafür in Kauf, daß, wie zum Beispiel bei den Revisionsarbeiten in Biblis, so Betriebsratsvorsitzender Christian Rettweiler, fremde Arbeiter einer „bis zu 20 Prozent höheren Strahlenbelastung“ als die Eigenkräfte ausgesetzt werden.

In den Kernkraftwerken Stade und Unterweser wurde das Fremdpersonal gar fünfmal so stark verstrahlt wie die Stammbesetzung. Offenbart wurde das Mißverhältnis kürzlich durch die Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf eine Grünen-Anfrage zum Thema „Strahlenbelastung des Personals in niedersächsischen Atomkraftwerken“.

Aus Angst um den Arbeitsplatz trat sich dennoch kaum einer der Fremdarbeiter, einen Einsatz im Atomkraftwerk abzulehnen. Wer sich beschwert, weil es ihm zu gefährlich wird, der ist, wie eine Arbeiterin bei den Hanauer Atombetrieben mitgekriegt hat, schnell „weg von der Quelle“.

Wie schnell, erfuhr der Eschweiler Gerüstbauer Günter Glaubitz. Weil er sich weigerte, für seine Firma im Kernkraftwerk Biblis zu schaffen, wurde er wegen Arbeitsverweigerung gefeuert. Sieben Monate lang mußte er stempeln gehen; in seinem erlernten Beruf als Gerüstbauer ist er seither nicht mehr untergekommen.

Eine Klage vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen wurde abgewiesen. Eine „signifikante Erhöhung des Krebs- und Leukämierisikos“, so das Gericht, habe nicht bestanden.

Eine Weiterbeschäftigung von Glaubitz, argumentierten die Richter, sei auch deshalb „unzumutbar“, weil der Widerstand des Handwerkers sonst „Signalwirkung“ gehabt hätte. Unter den Glaubitz-Kollegen habe wegen des Einsatzes im Bibliser Kontrollbereich ohnehin schon „fühlbare Unruhe geherrscht“.

„Schiß hatten alle“, erinnert sich Glaubitz, „doch aus Angst um den Job hat keiner aufgemuckt.“



**Arbeiter mit Schutzkleidung**  
„Reißfreudig und ständig kaputt“?